Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 302 — 89. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Dienstag, den 30. Dezember 1930

Am Beobachtungsstand.

Wenn in den ersten Tagen des Januars gleich drei Minister, an ihrer Spitze der Reichskanzler selbst, eine große „Inspektionsreise" durch den gesamten deutschen Osten machen, Ostpommern und Ostpreußen besuchen, dann die Grenzgebiete bis nach Oberschlesien bereisen und sich dabei von den zuständigen höheren Verwaltungsbeamten begleiten lassen, dann weiß man ohne weiteres, daß diese Reise vor allem dem wirtschaftlich-finanziellen Aufbauprogramm zu dienen hat. Für die Osthilfe sind der Reichsminister Treviranus und ihm zur Seite der preußische Wohlfahrtsminister Hirtsiefer eingesetzt worden. Und daß sie mit einer außerordentlich schwierigen Aufgabe betraut wurden, kann selbst ihr ärgster politischer Gegner nicht leugnen; zu beneiden ist niemand darum. Denn der vorwiegend agrarische deutsche Osten leidet ja unter den nicht zuletzt auch wirtschaftlichen Unmöglichkeiten der Grenzziehung, die so ziemlich alles auf den Kopf stellte, was allmähliche wirtschaftliche Entwicklungen geschaffen hatten. Viel ist geschehen, um die tiefen Wunden zu heilen, die hier der Wirtschaft eines Drittels des deutschen Bodens geschlagen wurde; aber das, was noch zu tun übrigbleibt und in harter Arbeit erst wieder geschaffen werden muß, ist noch weit mehr, und über das noch nicht Erreichte wird allzu schnell vergessen, was doch tatsächlich schon geleistet worden ist. Der Osten muß ja auch noch kämpfen gegen die Weltagrarkrise von einem Ausmaß, wie selbst der ärgste Pessimist sie nie für möglich gehalten hätte und die auch die deutsche Landwirtschaft des Ostens zu gewaltigen Strukturänderungen zwingt, — soll sie nicht doch unter die Räder kommen! Diese Krise zerschlug oft und schnell so manches, was wieder im Aufbau begriffen war. Und stärker als selbst der beste Wille sprechen doch die finanziellen Möglichkeiten und die damit leider nur viel zu eng gezogenen Grenzen. Weitere Erschwerungen für die ostdeutsche Wirtschaft kommen hinzu, die aus dem gespannten politischen Verhältnis zu Polen entspringen; denn das Entscheidende bei der wirtschaftlichen Seite dieser Beziehungen ist eben dies, daß Polen über den Korridor und seinen neuen Hafen Gdingen hinausdrängt zum Meer, zur unmittelbaren Verbindung mit dem Weltmarkt. Die Süd-Nord-Bahn von Oberschlesien zum Meer ist leider nicht bloß symbolisch für diese Umlagerung des Verhältnisses zwischen der Wirtschaft des deutschen Ostens und der des neuen Polnischen Staates. An dieser Tatsache und der zweiten, die in den völlig ungeklärten deutsch-polnischen Handelsbeziehungen zu erblicken ist, kann man bei einem Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft des Ostens nicht vorbei; sie lasten schwer über diesem ganzen Gebiet bis tief in das persönlichste Dasein seiner Bewohner hinein.

*

Daß sich wirtschaftliche Enttäuschungen — über deren Berechtigung endlos gestritten werden kann — ein Ventil durch politische Stimmabgabe suchen, haben wir in dem Jahre 1930 oft genug erlebt und auch für das neue Jahr wird ein solches Ventil wieder vorbereitet. Nachdem es den Oppositionsparteien im Preußischen Landtag trotz mehrfacher Versuche nicht gelungen ist, dort die politische Zusammensetzung der Regierung zu ändern bzw. diese zu stürzen, nachdem auch der Weg über den Reichstag, den Reichskanzler nicht zum Ziele geführt hatte, soll nun das Volksbegehren und dann der Volksentscheid die Auflösung des Preußischen Landtages erzwingen. Dieser ist zusammen mit dem inzwischen aufgelösten Reichstag im Mai 1928 gewählt worden, hat also normalerweise noch eine Lebenszeit von anderthalb Jahren vor sich. Die gleichen Parteien bzw. Organisationen, die vor einem Jahre die Ablehnung des Young-Plans durch einen Volksentscheid herbeizuführen suchten, vor allem also Nationalsozialisten, Deutschnationale, „Stahlhelm" usw., sind auch jetzt die Träger dieser Absicht, den Preußischen Landtag zur Auflösung zu bringen, Neuwahlen zu veranlassen, weil sie davon eine Zertrümmerung der bisherigen Mehrheit erhoffen. Wieweit andere Parteien mitmachen werden, die im Landtag mit der Rechtsopposition zusammenzugehen pflegen, ist noch unbestimmt; doch spricht man von Verhandlungen hierüber auch mit der Deutschen Volkspartei. Ähnliche Versuche sind übrigens auch in anderen deutschen Ländern im Gange.

*

So wird auch im künftigen Jahre die deutsche Innenpolitik nicht minder hohe Wellen schlagen, als sie es sonst bis in die letzten Stunden des alten, müde gewordenen Jahres hinein getan hat. Weichen doch auch mit dem Jahreswechsel keineswegs die wirtschaftlichen Spannungen; vielleicht werden sie noch schärfer, noch bedrohlicher. Wenn sie aber das Ventil eines Volksentscheides oder einer anderen Form politischer Art suchen, so ist das immer noch besser, als wenn der Kessel sich zu überhitzen gezwungen ist. Denn jedes Volk und gerade das deutsche in seinen Sorgen und Nöten muß sich selbst sein Schicksal bestimmen. Und vor solche Entscheidungsfragen werden wir alle wohl auch im kommenden Jahre nicht weniger oft gestellt werden, als dies im vergangenen Jahre geschehen ist.

Ostreise des Reichskanzlers Dr. Brüning

Neue Hilfe für den Osten.

Erweiterte Maßnahmen.

Reichskanzler Dr. Brüning ist zu einem auf einige Tage berechneten Erholungsaufenthalt nach Badenweiler abgereist. Am 4. Januar will er nach Berlin zurückkehren, sich dort aber nur einen Tag aufhalten und dann seine vor einiger Zeit angekündigte Reise nach Pommern, Ostpreußen und Schlesien antreten. Auf dieser Fahrt werden den Kanzler der Leiter der Oststelle, Reichsminister Treviranus, und als Vertreter der preußischen Regierung der Wohlfahrtsminister Hirtsiefer begleiten. Die Erfassung der Grundlagen für erweiterte Hilfsmaßnahmen im Osten soll den Zweck der Reise bilden. Am 11. Januar soll die Rückreise von Breslau aus nach Berlin erfolgen.

Nach anderen Mitteilungen soll auch die Teilnahme des Generaldirektors der Reichsbahn Dr. Dorpmüller und des Reichsbankpräsidenten Dr. Luther an der Reise geplant sein. Sie ist zunächst nach Lauenburg in Pommern geplant, wo die erste Station gemacht wird und ein Empfang stattfindet. Über die pommerschen Grenzkreise Bütow und Rummelsburg begeben sich die Minister nach Schneidemühl, dann durch den Korridor nach Königsberg in Ostpreußen und Marienburg, wieder durch den Korridor und nach Schlesien. Hier sind Oppeln, Gleiwitz, Ratibor und Breslau als große Stationen vorgesehen. Überall werden der Kanzler und die Minister von den zuständigen Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten und Landräten begleitet.

Am 13. Januar Kabinettssitzung.

Mit allen Kreisen will der Reichskanzler in Pommern, Ostpreußen und Schlesien, sowohl der Landwirtschaft als auch der Industrie, ebenso auch mit den führenden Vertretern der Bevölkerung Fühlung nehmen, um sich und dem Kabinett eine Grundlage für die vorgesehene große Osthilfsaktion zu schaffen. Trug die Reise des Außenministers Curtius einen rein außenpolitischen Charakter, so stellt die Reise des Kanzlers eine innenpolitische Informationsfahrt dar. Am 13. Januar des neuen Jahres soll das Kabinett in Berlin wieder zusammentreten, es steht aber noch nicht fest, ob schon in dieser Sitzung versucht wird, Resultate aus der Ostreise des Kanzlers zu ziehen.

Nationalsozialisten und die Regierungsbeteiligung.

Berlin, 29. Dezember. Zu der kürzlich von der DAZ angeschnittenen Frage einer etwaigen Regierungsbeteiligung Hitlers äußert sich nunmehr der Völkische Beobachter grundsätzlich. Das Blatt schreibt hierzu u. a.: In verschwiegenen Gemächern herrscht eine immer heftigere Aufregung, da man die kommende unvermeidliche Abrechnung deutlich herannahen sieht. Daher jetzt verschiedene Bemühungen, die „Hitlerpartei" „einzufügen" etwa in die sog. „nationale Front" (so als zweitletzte) oder sie vernunftgemäß zu leiten und was dergleichen Ausdrücke für die Bemühungen, uns unschädlich zu machen, mehr sind. Da wir unbefangen sind, das Wohl der deutschen Gesamtheit im Auge zu haben, so werden wir jeden Ratschlag prüfen, jeden guten Rat beherzigen, gleich von welcher deutschen Persönlichkeit er stammt. Aber mit dem „Einfügen" und mit dem „Beteiligen" ist es vorüber. Gewisse Leute und Gruppen meinen noch immer, sie müßten regieren, wenn es mit rechts nicht ginge, so eben mit links. Diesen sagen wir, Druckfehler zu korrigieren ist mit eine Sendung der NSDAP, denn diese Herren müssen gar nicht regieren, vielmehr sind sie schon lange abbaureif, ja mehr als das. Es steht für die Zukunft nicht zu Debatte, ob man Hitler sich mit beteiligen lassen oder mit wem Hitler einst regieren wird. Also genau mit umgekehrt verteilten Rollen. Deshalb kommt auch eine Koalition auf Grund des jetzigen Reichstags nicht mehr in Frage. Die Herren wollten im Herbst nicht in der Hoffnung, die „nationalsozialistische Fieberkurve" würde wieder zurückgehen. Das Gegenteil ist der Fall. Die nationalsozialistische „Gesundungskurve" ist weiter im Ansteigen. Wir fordern deshalb als erste Tat des Jahres 1931 die Auflösung des Reichstages und des preußischen Landtages.

Deutsche Außenpolitik im Jahre 1931

Die Verträge von Versailles.

Kommt die Revision?

Der Vorsitzende der Zentrumspartei und Reichstagsabgeordneter Prälat Kaas hat eine Einleitung geschrieben zu dem Buch „über die Außenpolitik des Reiches", das von einem Angehörigen der Zentrumspresse geschrieben ist. Weniger das Buch selbst als dieses Vorwort hat erhebliches Rauschen in der französischen Presse wachgerufen. Überall wird Kaas als der wahre geistige Führer des Zentrums bezeichnet, der sich seiner Macht in der Zentrumspartei voll bewußt sei. Seine Worte müßten in Frankreich ernsthaft beachtet werden. Wenn er den deutschen Wünschen nach Revision der Versailler Verträge beitrete, vor allem in bezug auf eine andere Regulierung der polnischen Grenze, so sei das ein Zeichen für die wachsende Notwendigkeit, der Stimmung in Deutschland die Augen zuzuwenden.

So sagt der „Temps", Kaas führe aus, Deutschland könne nicht länger die drückenden Lasten der ihm auferlegten Verpflichtungen tragen. Der Tag könne kommen, an welchem der Gefangene von Versailles gleich einem neuen Simson die Säulen seines Kerkers umstürze. Diese Sprache verrate besser als vorsichtige diplomatische Reden die wahre Empfindung Deutschlands. Die Darlegungen des Prälaten Kaas seien vom deutschen Standpunkte aus durchaus logisch. Sie liefen darauf hinaus, zu erklären, daß es nicht angehe, zu behaupten, die von Deutschland gebrachten zahlreichen Opfer für den Frieden und die Verständigung wären zwecklos gemacht worden. Seitdem Deutschland Mitglied des Völkerbundes geworden sei, erwarte es weitere Vorteile von dieser Tatsache, an die man in der Zeit vorher nicht gedacht habe. Wenn Kaas betone, daß sich Deutschland auf sein Recht berufe, um die Erfüllung gewisser Klauseln des Versailler Vertrages über die Abrüstung, das Minderheitenproblem und die Gleichstellung der Völker zu fordern, so spreche er damit dieselbe Sprache, mit der die Nationalsozialisten jenseits des Rheins die öffentliche Meinung von jeher irregeführt hätten. Es sei eine eigenartige Politik, einerseits die strenge Einhaltung der Klauseln des Versailler Vertrages zu verlangen, die Deutschland zu seinen Gunsten auslegen zu können glaube, andererseits aber die Revision der Punkte desselben Vertrages zu fordern, die Deutschland für seine Bestrebungen hinderlich erschienen. Aber eine andere Sache sei es, diese Ziele durch Gewalt oder auf diplomatischen Wege im Widerspruch mit den Verträgen erreichen zu wollen.

Die Entwicklung im Osten.

Andere französische Zeitungen beschäftigen sich in erster Linie mit dem Osten. Das „Journal des Débats" schreibt: „Die deutschen Politiker wissen natürlich, daß Polen sich eine Änderung seiner Grenze gutwillig nicht gefallen lassen wird." Weitere Blätter sagen voraus, daß, wenn die Finanzreform von Brüning durchgeführt sein werde, die bereits angekündigte diplomatische Offensive betreffs der außenpolitischen Ziele Deutschlands beginnen dürfte. Das „Petit Journal" behauptet, die deutsche Regierung bewege sich sichtlich in der Richtung nach rechts und Deutschland unterhalte eine heimliche Armee oder baue sie doch auf.

Viel bemerkt wird auch ein Artikel der sowjetrussischen „Iswestija", der die These aufstellt, die neuerlichen Ausführungen einflußreicher deutscher Blätter zugunsten einer deutsch-französischen Annäherung zeugten davon, daß hinter den Kulissen der deutschen Diplomatie gegenwärtig ein Kampf um die weitere Richtung der deutschen Außenpolitik im Gange sei.

Sowohl die deutschen wie die französischen Großindustriellen hätten das stärkste Interesse am Aufblühen der Kriegsvorbereitungen und damit an einem französisch-deutschen Militärbündnis, schreibt die „Iswestija". Wenn schon die Deutsche Bergwerkszeitung die Frage eines Militärbündnisses mit Frankreich anrege, so müsse man sich fragen, gegen wen dieses Bündnis gerichtet sein solle. Deutschland durchlebe eine Krise, die ihm jetzt jede Möglichkeit nehme, erhebliche Kapitalien zu Rüstungszwecken anzulegen. Die französischen Patrioten hätten Deutschland Gelder zu Rüstungszwecken leihen müssen, um unter dem Alarmgeschrei über die deutsche Gefahr eine Steigerung der französischen Rüstungen zu erzielen. In diesem Sinne seien auch die Erwägungen über die Rückgabe des Danziger Korridors in Deutschland und in Frankreich sowie die deutsche Erregung über angebliche Bedrückung der Ukraine zu verstehen.

Der Alarmruf der „Iswestija" beweist nach der Meinung des „Temps", daß auch in Sowjetrußland Unruhe über die Entwicklung der deutschen Außenpolitik bestehe.

Zehn Jahre Reichswehr.

Am 1. Januar 1931 sieht die Reichswehr auf ihr zehnjähriges Bestehen in ihrem heutigen durch das Versailler Friedensdiktat vorgeschriebenen Aufbau zurück. Das deutsche Heer des Weltkrieges, das ein Volk in Waffen darstellte, war nach

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF